

Vereinigte Staaten von Europa längst überfällig

Von Torben Zahradnicky am 02.09.18

Die Flüchtlingssituation des Jahres 2015 verdeutlicht, dass ein handlungsfähiges Europa dringend gebraucht wird. Die Situation verdeutlicht, dass wir ein Mehr an Europa brauchen. Doch wie könnte dieses „Mehr“ aussehen? Die EU-Kommission wollte Flüchtlinge per Quote in Europa gerechter verteilen. Dies war ein sehr sinnvoller Vorschlag. Jedoch hätten hierzu alle Mitgliedsländer mitziehen müssen, was leider nicht der Fall war. Die einzelnen Mitgliedsländer der EU werden ohne übergeordnete Instanz hieran jedoch scheitern. Wie soll eine gerechte Verteilung entstehen, wenn niemand über einen Blick von oben verfügt? Eine europäische Regierung könnte hier Abhilfe schaffen. Dies könnte das Europa der Zukunft sein: Die Vereinigten Staaten von Europa. Die einzelnen Mitgliedsländer bekämen den Status eines Bundesstaates. Sie behielten auch ihre nationalen Regierungen. Nur würde eine europäische Regierung über den nationalen Regierungen stehen. Dies ist vergleichbar mit den Bundesländern und deren einzelnen Regierungen, die zusammen die Bundesrepublik Deutschland bilden. Durch die deutsche Bundesregierung bzw. die Bundesrepublik Deutschland sind die einzelnen Bundesländer nicht abgeschafft. Sie existieren, mit ihrer Regierung, mit ihrer Kultur etc. Daher kann ich vor der Angst, dass Deutschland in den Vereinigten Staaten von Europa abgeschafft wird nur warnen. Deutschland, die Bundesregierung und die deutsche Kultur werden nicht abgeschafft. Die anderen europäischen Regierungen, Kulturen etc. bleiben ebenfalls erhalten. Es würde eine Einheit in der Vielfalt existieren. Doch wie kommen wir zu diesem Mehr an Europa? Aktive Teilnahme der Bürger ist für eine Vertiefung und Demokratisierung des Vereinten Europas von Nöten. Oft wird beklagt dass im Rahmen der Erweiterung und Vertiefung der EU der ökonomischen Integration größere Aufmerksamkeit geschenkt wurde, als der politischen Integration. Den europäischen Institutionen fehle sogar eine demokratische Legitimierung. Doch sind die Institutionen hier wirklich die Schuldigen? Entsteht eine Delegitimierung von Institutionen und Prozessen nicht in erster Linie durch ein allgemeines Desinteresse? Nur durch ein allgemeines Interesse ist eine Beteiligung der Bevölkerung an Prozessen möglich. Lasset uns also aus unserem Schlaf aufwachen!